



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2010/2099(INI)

1.9.2010

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung und des
Stabilitätsrahmens in der Europäischen Union, vor allem im Euroraum
(2010/2099(INI))

Verfasser der Stellungnahme: David Casa

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung,

I. folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

– gestützt auf Artikel 148 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

A. in der Erwägung, dass die wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung eine unerlässliche Notwendigkeit für die Förderung eines nachhaltigen, Beschäftigung schaffenden Wachstums in der EU ist,

B. in der Erwägung, dass der Beschäftigungspolitik bei der Förderung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit sowie bei der Verhinderung makroökonomischer Ungleichgewichte eine Schlüsselrolle zukommt,

II. folgende Vorschläge in die Anlage zu seinem Entschließungsantrag zu übernehmen:

Errichtung eines Rahmens für die multilaterale Überwachung

1. Errichtung eines auf zwei Säulen – die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitik – gestützten Überwachungsrahmens auf der Grundlage der Artikel 121 und 148 AEUV;
2. Stärkung der Rolle des gemäß Artikel 150 AEUV eingesetzten Beschäftigungsausschusses bei der Lösung grenzüberschreitender Beschäftigungsfragen;
3. Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Strukturreformen, insbesondere Reformen der Altersversorgung und des Gesundheitswesens, in allen Haushaltsbeurteilungen;
4. Gewährleistung vollwertiger und zeitgerechter Beiträge aller einschlägigen Interessengruppen im Rahmen des europäischen Semesters;
5. Sicherstellung einer angemessenen Einbindung des EP in den Überwachungszyklus für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik;
6. Einführung eines fundierten und transparenten Überwachungs- und Bewertungsrahmens für die beschäftigungspolitischen Leitlinien im Zusammenhang mit den Kernzielen der EU, die durch entsprechende Teilziele, Indikatoren und Anzeiger ergänzt werden;

Stärkung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP)

7. Umsetzung eines Sanktionssystems, aus dem auf die Verbesserung der Beschäftigung und der sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer ausgerichtete Haushaltslinien, insbesondere der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, ausgegliedert werden;

Finanzmarktregulierung

8. Ermutigung von Maßnahmen zur Unterstützung einer gerechten Entlohnungspolitik, die auf ein langfristig nachhaltiges Wachstum anstatt auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet ist. Derartige Initiativen sollten im gesamten Finanzsektor angewandt werden.